

Medienfreiheit benötigt Regeln

Pressefreiheit hängt nicht nur von politischen Freiräumen ab, sondern auch von der inneren Unabhängigkeit der Journalisten und der Medienvielfalt. Darauf weist der neue Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, Christian Spahr, in einem Interview mit der bulgarischen Redaktion der Deutschen Welle hin. Ein Konsens über professionelle und ethische Standards im Medienbereich sei im Interesse von Journalisten, Herausgebern und Politikern. Mit Blick auf Bulgarien befürwortet Spahr neue gesetzliche Garantien und stärkere Selbstverpflichtungen der Medienbranche.

Deutsche Welle: Die Probleme der bulgarischen Medien sind sichtbar für jeden objektiven Betrachter: Mangel an Transparenz, Selbstzensur, wirtschaftlicher Druck. Wie kann das Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung dabei helfen?

Christian Spahr: Das Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet journalistische Fortbildungen mit dem Schwerpunkt auf politischem und investigativem Journalismus an. Zudem beraten wir die Länder Südosteuropas im Bereich der Mediengesetzgebung, der Selbstregulierung und den damit verbundenen Institutionen. Eine weitere Priorität des Medienprogramms ist die politische Kommunikation, die auch dazu beitragen kann, Vertrauen in die Demokratie zu schaffen.

DW: Worauf werden Sie besonders Wert legen während Ihrer Arbeit hier?

CS: Abgesehen davon, dass wir bereit sind, im Medienbereich mit Erfahrungen und

Expertise aus Deutschland und der EU zu helfen, möchten wir die Medienschaffenden aus Südosteuropa näher zusammenbringen, damit sie erfolgreicher Erfahrungen untereinander austauschen können. Aber es geht auch um Rahmenbedingungen: Die Verfassungen und die übrige Gesetzgebung der meisten Länder der Region garantieren zwar Pressefreiheit, bei der praktischen Umsetzung dieser Freiheit gibt es aber noch Verbesserungsbedarf. Dabei geht es nicht unbedingt um direkten politischen Druck auf Journalisten. Es geht auch um die innere Freiheit von Journalisten, um ethische Normen und Standards bei der Berichterstattung sowie Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen und Gleichbehandlung im Vertrieb.

DW: Welche sind Ihre Eindrücke über die Mediensituation in Bulgarien?

CS: Bulgarien befindet sich noch in einer politischen und gesellschaftlichen Transformation. Es braucht daher Zeit, bis ein öffentlicher Konsens zu Medienfragen erreicht ist. Im Fokus sollten konkrete Ergebnisse stehen wie die Verbesserung der Journalistenausbildung, die Bedingungen zur freien Berufsausübung und ein Konsens zwischen Medien und Politik in Bezug auf ethische Standards. Es wäre gut, wenn klare Spielregeln gefunden werden. Aus deutscher Perspektive sollten Medien nicht nur als Wirtschaftsgut betrachtet werden, weil sie ein Instrument der Demokratie sind und eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft tragen. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Menschen zu informieren.

DW: Ist in Deutschland wirklich alles in Ordnung in Bezug auf die Medienfreiheit? Der ehemalige Bundespräsident Christian

Wulff wollte unangenehme Veröffentlichungen in der Bild-Zeitung verhindern, der ehemalige CSU-Sprecher Hans-Michael Strepp versuchte, das ZDF zu beeinflussen. Und Reporter ohne Grenzen kritisieren einen Prozess gegen zwei investigative Journalisten aus Dresden wegen übler Nachrede und Verleumdung.

CS: Die Frage ist berechtigt. Es kommt auch in Deutschland vor, dass Politiker versuchen, Druck auf Journalisten auszuüben. Es existiert aber ein sehr stabiler öffentlicher Konsens darüber, dass das nicht akzeptabel ist. Solche Versuche werden schnell publik gemacht und führen zu starker öffentlicher Kritik. Wichtig ist der gesellschaftliche Konsens, dass man so etwas nicht macht.

GP: Sie erwähnten die Notwendigkeit von „Spielregeln“. Bedeutet das, dass Sie die Schaffung eines Pressegesetzes in Bulgarien unterstützen?

CS: Besonders im Bereich der Printmedien kann man die Arbeitsbedingungen verbessern. In Bulgarien gibt es ein Gesetz für die elektronischen Medien, aber keines speziell für die Printmedien, wie etwa in Deutschland. Ich weiß, dass die Einführung eines solchen Gesetzes in Bulgarien sehr sensibel ist, da es im Bewusstsein von vielen mit Erinnerungen an die kommunistische Zensur verbunden ist. Heute aber geht es nicht um eine Einschränkung der journalistischen Tätigkeit, sondern im Gegenteil um Garantien für die Medienfreiheit. Wenn Politiker, Verleger und Journalisten in Bulgarien übereinkommen, dass eine Regulierung in dieser Richtung notwendig ist, sind wir als Stiftung bereit, Hilfe zu leisten. Parallel würden wir uns freuen, mit Journalisten im Bereich der Selbstregulierung zusammenzuarbeiten. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem deutschen Presserat sind wir überzeugt, dass eine funktionierende Selbstregulierung sehr nützlich ist.

DW: Bei der Konferenz „Kirche, Laien und Gesellschaft in Bulgarien“, die die Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert hat, sagten

Sie, dass „die Kirche das Vertrauen der Menschen braucht, um ihren Auftrag gegenüber der Gesellschaft erfolgreich zu erfüllen“. Kann man diesen Gedanken auch auf die bulgarischen Medien erweitern?

CS: Natürlich, Vertrauen spielt eine ganz wichtige Rolle auch bei den Medien, sogar in zwei Richtungen. Wenn sie über politische Ereignisse professionell berichten, stärken Medien das Vertrauen in die Demokratie. Gleichzeitig steigt mit dem Qualitätsniveau eines Mediums das Vertrauen der Menschen in das Medium selbst. Die meisten Leser können durchaus guten Journalismus von schlechtem unterscheiden. Das ist gerade heute wichtig: Die Printmedien stehen nicht nur mit dem Fernsehen im Wettbewerb, sondern auch mit dem Internet. Verleger und Journalisten müssen hochqualitative Produkte anbieten, um das Interesse der Leser zu gewinnen.

DW: Mit der Parallele zwischen der bulgarischen orthodoxen Kirche und den Medien meinte ich auch das schwere Erbe der totalitären Vergangenheit und der kommunistischen Geheimdienste, deren Vertreter in beiden Bereichen noch Schlüsselpositionen einnehmen.

CS: Das kann ich nicht im Detail vergleichen. Ich denke aber, dass Medien von einer größtmöglichen Transparenz langfristig nur profitieren – sowohl bei der Berichterstattung über die kommunistische Vergangenheit als auch ihre eigene Rolle darin. Offenheit in Bezug auf die Vergangenheit kann ein wichtiges Mittel sein, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen.

Interviewer: G. Papakochev, Redakteur: A. Andreev (Deutsche Welle). Redaktion der deutschsprachigen Fassung: KAS.